



Im Oktober 2010 erläuterte Stefan Mappus in der EnBW-Zentrale in Karlsruhe den umstrittenen Aktien-Coup. Er wird sich noch des öfteren erklären müssen. Archiv-Foto: dpa

Da staunt die schwäbische Hausfrau

Laut Gutachten bezahlte Stefan Mappus 780 Millionen Euro zu viel für die EnBW-Aktien – Neue Unterlagen aus Paris sind unterwegs

Von Andreas Böhme, RNZ Stuttgart

Stuttgart. „Von mir wollen Sie sicher nichts wissen“, sagt der CDU-Abgeordnete Karl Zimmermann zu den Journalisten. Er habe als polizeipolitischer Sprecher doch nur Zahlen zum Strafvollzug. Und dann, fast schon an die Ecke, summt er demonstrativ das Lied mit der Titelzeile „Einer geht noch rein...“.

Steht Stefan Mappus, der vor drei Jahren fast im Alleingang mit seinen Beratern am Parlament vorbei die EnBW-Anteile zurückkaufte, mit einem Bein im Knast? Hat er das Land wissentlich um 780 Millionen Euro Steuergeld gebracht? Nein, warnt Staatsanwältin Claudia Krauth. Ihre Kollegen ermitteln wegen des Verdachts der Untreue, aber zur Anklage braucht es mehr: den Nachweis, dass Mappus vorsätzlich handelte oder zumindest einen Schaden fürs Land billigend in Kauf nahm. Dies alles werde man nun prüfen.

Finanzminister Nils Schmid sieht sich bestätigt, verspürt „Rückenwind“ für das

anfangs heftig kritisierte Schiedsverfahren, mit dem er eine Teilrückzahlung erreichen will. „Eindeutig“, so Schmid, „der Kaufpreis war viel zu hoch.“ 34,58 Euro pro Aktie hat der Münchner Wissenschaftler Wolfgang Ballwieser als angemessenen Preis ermittelt – das Land zahlte sieben Euro mehr. Das sei „eine wichtige Zahl“, sagt Ulrich Sckerl, der Grünen-Obmann im Untersuchungsausschuss. Mappus habe sich damit gebrüht, jede schwäbische Hausfrau hätte das Geschäft durchgezogen, äzt SPD-Obmann Sascha Binder. „Nun wissen wir, dass jede schwäbische Hausfrau besser mit Geld umgehen kann.“

Erst am gestrigen Nachmittag geht das Gutachten von der Staatsanwaltschaft an den Ausschuss, und es trägt, weil es um Betriebsdaten geht, den Stempel „Geheim“. Es wird also dauern, bis die Abgeordneten es durchgearbeitet haben – und bis erste Einzelheiten an die Öffentlichkeit dringen. Für Sckerl allerdings ist klar: Ballwiesers Expertise „bekräftigt

unseren bisherigen Kurs in vollem Umfang.“ Zu Mappus' Rolle äußert er sich zurückhaltender: Das Gutachten trage jedenfalls nicht zu dessen Entlastung bei.

Einen Stock höher, im Abgeordnetenhaus, stellt sich CDU-Obmann Alexander Throm vor die Mikrofone. „Bestürzt“ sei er, man nehme das Gutachten sehr ernst. Nun aber gebe es dringenden Erklärungsbedarf bei den Beratern wie dem ehemaligen Investmentbanker Dirk Notheis und der Anwaltskanzlei Gleiss Lutz. „Die haben den Preis vorgegeben, und wir werden die Verantwortung einfordern.“

Notheis geht in die Gegenoffensive: „Einseitig, fehlerhaft und methodisch unzureichend“ sei das Gutachten der Staatsanwaltschaft, lassen die Anwälte des früheren Deutschlandchefs von Morgan Stanley verbreiten. Der als hoch renommiert geltende Ballwieser habe lediglich ein einziges Rechenmodell verwendet. Eine früher von Notheis in Auftrag gegebene Studie, die zum höheren Preis von 41,50 Euro kam, nutzte gleich

fünf unterschiedliche Analyseverfahren. Mappus' Anwälte klingen ähnlich: In einer Reihe von Punkten werde die Arbeit den Anforderungen an ein neutrales Gutachten nicht gerecht.

Nun kennt die Politik zumindest das Kernergebnis des Gutachtens. Weit überraschender dürfte die Post aus Paris sein. Unerwartet haben französische Ermittler einem Rechtshilfeersuchen aus Deutschland stattgegeben. Seit zwei Wochen seien Akten aus Paris unterwegs, die bei der EDF und bei Morgan Stanleys Frankreich-Filiale beschlagnahmt worden waren. Statthalter dort war René Proglie, Zwillingbruder des EdF-Chefs Henri. Die Parlamentarier interessiert brennend, ob es zwischen den Franzosen und Notheis zu einem Interessenkonflikt gekommen ist.

Wie lange der Ausschuss, der seine Arbeit Ende Dezember abschließen wollte, nun weiterarbeitet, ist unklar. SPD-Obmann Sascha Binder beruft sich auf die Erfahrung: „Immer wenn man denkt, es ist fertig, kommt was Neues.“

Der EnBW-Coup und die Konsequenzen

Chronologie der Ereignisse

Stuttgart. (lsw) Der Milliarden-Deal der früheren schwarz-gelben Landesregierung im Jahr 2010 beschäftigt noch heute: > **19.1.2000:** Das Land verkauft 25,01 Prozent der EnBW an den französischen Stromkonzern EDF und erhält dafür 4,7 Milliarden Mark (2,4 Mrd Euro). Mit einem Großteil des Geldes wird die gemeinnützige Landesstiftung gegründet. Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) kündigt sinkende Strompreise an.

> **6.12.2010:** Wenige Monate vor der Landtagswahl kauft Baden-Württemberg überraschend die EnBW-Anteile von der EDF zurück. Der Kaufpreis für einen 45-Prozent-Anteil: 4,67 Milliarden Euro. Finanzminister Willi Stächele (CDU) wendet das Notbewilligungsrecht an, um eine Abstimmung durch den Landtag zu umgehen. > **6.10.2011:** Der Staatsgerichtshof Baden-Württemberg erklärt den EnBW-Deal für verfassungswidrig. Die Richter geben Grünen und SPD, die inzwischen die Regierung stellen, recht: Die Regierung von Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) hätte das Geschäft nicht am Landtag vorbei abwickeln dürfen.

> **21.12.2011:** Erste Sitzung des Untersuchungsausschusses. > **26.1.2012:** Ein Bericht der Landesregierung legt nahe, dass sich Mappus wohl über den Rat seiner juristischen Berater, die vor einem Umgehen des Parlaments gewarnt haben sollen, hinweggesetzt hat. > **9.3.2012:** Mappus und sein damaliger Berater, der Deutschlandchef der Investmentbank Morgan Stanley, Dirk Notheis (dpa-Foto), treten vor dem Ausschuss auf. Mappus räumt ein, dass er den Deal so nicht nochmals abschließen würde, hält ihn aber „nach wie vor für richtig“.

> **25.5.2012:** Es wird bekannt, dass Grün-rot beim Schiedsgerichtshof klagt, um die EDF zur Rückzahlung von zwei Milliarden Euro des Kaufpreises zu bewegen. > **11.7.2012:** Die Staatsanwaltschaft Stuttgart nimmt Ermittlungen gegen Mappus wegen Verdachts der Untreue auf, durchsucht Wohnungen und Büros. Gegen Notheis wird wegen Beihilfe ermittelt.

> **17.7.2012:** Morgan-Stanley-Deutschlandchef Dirk Notheis zieht die Konsequenzen aus der Kritik an seiner Rolle beim EnBW-Deal und tritt zurück. > **19.2.2013:** Der bisherige Vorsitzende Ulrich Müller verlässt das Gremium. Auch der CDU-Obmann Volker Schebesta, zieht sich wegen Kontakten zu Mappus zurück.

> **1.3.2013:** Im Zuge der EnBW-Ermittlungen wird bekannt, dass französische Ermittler Büros bei der EDF und Morgan Stanley durchsuchten. > **4.6.2013:** CDU-Landesvez Winfried Mack zieht sich als Konsequenz aus der Weitergabe von Informationen an Mappus aus dem Ausschuss zurück.

> **14.6.2013:** Mappus rechtfertigt vor dem Ausschuss sein Verhalten und attackiert die Rechtsberater der Anwaltskanzlei Gleiss Lutz. > **4.7.2013:** Die Franzosen drehen den Spieß um: Der vom Land verklagte Pariser Energiekonzern EdF wehrt sich mit einer Widerklage vor dem Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer (ICC). Die EdF fordert vom Land Schadenersatz in Höhe von 20 Millionen Euro.

> **21.11.2013:** Mappus hat nach einem neuen Gutachten für die EnBW-Anteile knapp 780 Millionen Euro zu viel bezahlt.



Urteil: 17-Jährige hat nicht zu laut gelacht

Balingen. (lsw) 35 Euro Strafe für zu lautes Lachen: Eine 17-Jährige aus Balingen (Zollernalbkreis) zog mit ihrem Vater vor Gericht. Mit Erfolg.

Die 17-Jährige hatte sich an einem Abend im April mit Freunden auf einem Parkplatz getroffen. Es wurde geredet und gelacht, aus einem Autoradio kam Musik. Eine Anwohnerin fühlte sich gestört und alarmierte die Polizei. Diese habe dann den Fahrer des Autos aufs Revier bestellt. Einige Tage später erhielten alle Post. Wegen lauten Lachens und Redens sollten sie 35 Euro bezahlen. Die junge Frau habe nicht einmal gewusst, dass sie jemanden belästigt, urteilte eine Richterin des Amtsgerichts Balingen. Schließlich habe niemand die jungen Leute darauf hingewiesen. Damit gebe es juristisch gesehen auch keine vorsätzliche Lärmbelästigung.

ADAC muss sich hinten anstellen

Das Kaufangebot des Clubs ist den Nürburgring-Sanierern zu niedrig – Sie schieben ihn ins Abseits

Nürburg. (lrs) Der ADAC ist vorerst aus dem Bieterrennen beim Verkauf des insolventen Nürburgrings. „Wir sind für den nächsten Schritt, den Einblick in die Geschäftszahlen, nicht zugelassen“, sagte ADAC-Sprecher Kay Langendorff am Donnerstag. „Die Sanierer sehen unser Angebot als zu niedrig an. Wir haben eine mittlere zweistellige Millionensumme geboten.“ Der Automobilclub sei irritiert. „Offensichtlich setzen die Sanierer auf eine kurzfristige Gewinnmaximierung, ohne an die Folgen für die Menschen in der Eifel zu denken. Wir wollen dort mit Motorsport gar keinen Gewinn erwirtschaften, sondern uns reicht eine schwarze Null.“

Die Ring-Sanierer betonten dagegen, sie hätten das Angebot des Automobilclubs nur „geparkt“, da es zu niedrig sei.

„Deshalb kann dem ADAC zum jetzigen Zeitpunkt kein Zutritt zum virtuellen Datenraum mit allen internen betriebswirtschaftlichen Daten gewährt werden“, sagte Sanierungsgeschäftsführer Thomas Schmidt. „Es handelt sich aber nicht um eine Absage, sondern das Angebot des ADAC kann durchaus zu einem späteren Zeitpunkt wieder eine Rolle spielen.“ Es habe sogar andere Bieter gegeben, die trotz höherer Angebote ebenfalls keinen Zugriff auf die Geschäftszahlen bekommen hätten. Der ADAC sei aufgefordert, „ein konkurrenzfähiges Angebot vorzulegen“.

Langendorff hingegen sagte: „Wir werden unser Angebot sicherlich nicht nachjustieren. Das Bieterverfahren ist kein Wunschkonzert der Sanierer.“ Ein Gutachten hatte den Wert des Rings samt

Freizeitpark mit 77 Millionen Euro beziffert. Der ADAC will allerdings nur die Rennstrecke. „Wir richten dort mehr als die Hälfte aller Veranstaltungen aus“, so Langendorff. „Falls ein eiskalter Investor ohne unsere Motorsport-Philosophie zum Zuge kommt, werden wir nicht zögern, Veranstaltungen einzustellen.“

Schmidt betonte, der Ausschluss des ADAC sei wegen der Gleichbehandlung mit anderen Bietern nötig, die ebenfalls keinen Zugriff auf die Geschäftszahlen hätten. Der Verkauf müsse diskriminierungsfrei erfolgen, daher sei das Parken des ADAC „europarechtlich zwingend“. Mit einem konkurrenzfähigen Angebot hätte der Club höhere Chancen, in die nächste Runde zu kommen. Derzeit sei eine übersichtliche Zahl von Bietern im Rennen.

Entwarnung gibt es nicht

Dem Wald in Baden-Württemberg geht es ein bisschen besser als im Vorjahr – Doch jeder dritte Baum ist erheblich geschädigt

Von Bettina Wieselmann, RNZ Stuttgart

Stuttgart. Zum 31. Mal wurde gestern die Terrestrische Waldschadensinventur (TWI) vorgelegt. Mit überwiegend positivem Ergebnis. Die forstliche Begutachtung von 6978 stichprobenartig ausgewählten Bäumen zwischen dem 18. Juli und dem 16. August dieses Jahres ergab, „dass sich der Zustand des Waldes gegenüber dem Vorjahr erneut leicht verbessert hat. Das ist eine gute Nachricht für uns in Baden-Württemberg“, freute sich Forstminister Alexander Bonde (Grüne). Mit den Daten aus diesem Jahr setzt sich der nach dem extremen Trockenjahr 2003 festzustellende Aufwärtstrend fort.

Als besonders erfreulich bewerten die Forst-Experten, dass sich der Anteil der gar nicht geschädigten Waldfläche innerhalb von einem Jahr von 26 auf 33 Prozent erhöht hat. Dennoch ist jeder dritte Baum (35 Prozent) erheblich geschädigt. Der Zustand der Wälder sei damit deutlich schlechter als noch Mitte der 80er Jahre. Der Anteil der Waldfläche, der als



Vom Waldsterben, dem Schlagwort aus den 80er Jahren, spricht heute keiner mehr. Doch Entwarnung gibt es deshalb nicht. Foto: dpa

deutlich geschädigt einzustufen ist, nahm im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt ab und liegt nun bei 35 Prozent.

Als ganz entscheidend für die diesjährigen Werte wird die Witterung angesehen. Was Bonde erklärtermaßen Sorge bereitet hat, stellt ihn mit Blick auf den Wald zufrieden: Das viel zu feuchte, kühle

Frühjahr tat vor allem Tanne, Fichte und Eiche gut. Die Wasserversorgung des Waldes war ausreichend, das Vorkommen von Schadinsekten gering. Bonde wies aber auch auf die Auswirkungen der seit Jahrzehnten verfolgten konsequenten Luftreinhaltungspolitik hin sowie auf forstliche Maßnahmen wie die Bodenkalkung gegen die Versauerung der Waldböden und die naturnahe Waldbewirtschaftung.

Der Wald in Baden-Württemberg, der knapp 40 Prozent der Landesfläche ausmacht, besteht durch gezielte Aufforstung inzwischen zu 47 Prozent aus Laubbäumen. Vom Waldsterben, dem Schlagwort

aus den 80ern, spricht keiner mehr. „Der Anteil tatsächlich abgestorbener Bäume liegt unter einem Prozent“, sagte Landesforstpräsident Max Reger. Heute wisse man, „das Ökosystem hält einiges aus, Bäume sind stabil und elastisch.“

Sorge bereitet seit 2004 die Buche. Während vor allem die Tanne, aber auch Fichte und Eiche als gesünder eingeschätzt werden können, hat sich der Zustand der Buche, die vor allem im Neckarvorland und Odenwald vorkommt, leicht verschlechtert. Verantwortlich werden dafür regionale Spätfrostschäden gemacht, aber auch der Buchenspringrüssler, der den Bäumen in diesem Jahr besonders zugesetzt hat.

Die Verbesserung des Waldzustandes müsse eine Daueraufgabe bleiben, forderte Bonde. Insbesondere der Klimawandel sei ein Stressfaktor für den Wald. Der Nabu fordert ein neues Jagdgesetz, mit dem dem Wildverbiss klimaverträglicher Bäume, wie Eilsbeere oder Bergahorn, der Kampf angesagt wird. Das „Waldsterben von unten“ müsse gestoppt werden.

NACHRICHTEN

Strafbefehle für zwei Pfleger

Mehr als ein Jahr nach Bekanntwerden des bisher größten Pflegeskandals im Saarland drohen zwei Pflegern Bewährungsstrafen. Das Amtsgericht Neunkirchen erließ Strafbefehle gegen die beiden Männer. Gegen den 36-Jährigen sei eine Bewährungsstrafe von zehn Monaten und gegen den 26-Jährigen eine von acht Monaten beantragt worden. Die Pfleger sollen Senioren in einem Heim misshandelt haben. Der Vorwurf, wonach der 36-Jährige für den Tod zweier Patienten verantwortlich sein soll, bestätigte sich nicht.

Kritischer Student abgemahnt

Nach Kritik an strategischen Konzepten der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat die Nürnberger Bundesbehörde einen Studenten ihrer Mannheimer Hochschule abgemahnt. Die BA wirft dem Mann „Beleidigung seines Arbeitgebers“ und eine „Verletzung von Loyalitäts- und Rücksichtnahmepflichten“ vor. Der Student hatte in seinem Blog die Kooperation zwischen der BA und der „verfassungswidrigen Bundeswehr“ kritisiert.